

Die Aussichten sind alarmierend

Vor zwanzig Jahren stellte Willy Brandt den Bericht der „Nord-Süd-Kommission“ vor / Von Professor Dr. Gregor Schöllgen

Die Erwartungen waren hoch gesteckt. Als am 12. Februar 1980 Willy Brandt, der Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“, in New York dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, den Abschlussbericht der so genannten Nord-Süd-Kommission überreichte, hatten zumindest die Beteiligten noch die Hoffnung, „der dahinsiechenden Diskussion über Nord-Süd-Fragen neue Impulse zu vermitteln“. So formulierte Willy Brandt zehn Jahre später, noch davon überzeugt, dass dies „bis zu einem gewissen Grad“ gelungen sei, „wenn auch die gebotene politische Umsetzung auf sich warten ließ“. Ein weiteres Jahrzehnt später, nach der revolutionären Umwälzung der Weltpolitik, muss selbst diese Einschätzung als zu optimistisch gelten.

Das Mandat der Kommission bestand darin, „die ernstesten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, wie sie sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltgemeinschaft ergeben, und Wege dafür aufzuzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und zur Überwindung der Armut vorangetrieben werden können“. Das Ergebnis, ein etwa dreihundertseitiger Bericht, war eine schonungslose Bestandsaufnahme der Krise der südlichen Halbkugel und ihrer Ursachen: „Alles trifft hier zusammen – Unterernährung, Analphabetismus, Krankheit, hohe Geburtenzahlen, Unterbeschäftigung und geringes Einkommen –, alles wirkt zusammen, um mögliche Auswege zu versperren.“ Das Leben der „Armen und Unwissenden“ sei „derart beschränkt, dass sie, um mit den Worten des Präsidenten der Weltbank zu sprechen, „unterhalb jeder sinnvollen Definition des Begriffs Menschenswürde“ bleiben“.

Seitdem hat sich die Situation der „Dritten Welt“ nicht nur nicht gebessert, sondern in mancher Hinsicht entscheidend verschlechtert. Das hat auch mit der Einstellung des Nordens zu tun, in der sich Ignoranz mit Ratlosigkeit paart. Letztere offenbart sich schon in der Sprachregelung: Spricht man, nach wie vor, von der „Dritten Welt“ und von den „Entwicklungsländern“ oder von der „südlichen Halbkugel“ beziehungsweise vom „Süden“? Einig ist man sich jedoch, dass sich schon lange nicht mehr von einem einheitlichen oder geschlossenen Raum sprechen lässt.

So begann sich schon seit den sechziger Jahren die damals so genannte „Dritte Welt“ in einen arm gebliebenen beziehungsweise verarmenden und einen wohlhabenden Teil zu spalten. Zu letz-

terem zählten die Öl fördernden Länder sowie jene Staaten insbesondere Iberoamerikas und Südasiens, die ihre Chance nutzen und ihre Wirtschaft modernisierten. Auch auf anderen Feldern sind in den vergangenen zwanzig Jahren Erfolge zu verzeichnen, wenn auch nur punktuell. Das gilt für die Achtung der Menschenrechtsübereinkommen, und es gilt für Fortschritte auf dem schwierigen Weg zur Demokratie in einigen Staaten Iberoamerikas, etwa in Chile, oder auch Afrikas, hier vor allem Südafrika.

Wendungen zum Besseren mit paradoxer Wirkung

Solche Wendungen zum Besseren im Einzelfall hatten allerdings die paradoxe Wirkung, dass das Interesse der Europäer oder Nordamerikaner an den Entwicklungen in den Problemzonen der südlichen Halbkugel eher nachgelassen hat. Von Welten karitativer Anteilnahme abgesehen, sind diese im öffentlichen Bewusstsein heute noch weniger verankert als vor zwei Jahrzehnten. Die krisenhafte Entwicklung großer Teile Ost- und Mitteleuropas und seiner Randzonen seit den ausgehenden achtziger Jahren hat diese Tendenz weiter verstärkt: Die Kriege und Bürgerkriege im Kaukasus und auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien haben die Aufmerksamkeit der Europäer von den Problemregionen der südlichen Halbkugel fast vollständig in die nähere und fernere Nachbarschaft gelenkt.

Dabei hat sich in jenem Jahrzehnt die Situation großer Teile der südlichen Halbkugel in einem nur dramatisch zu nennenden Maß verschlechtert. So haben die seit langem bekannten Probleme, wie unkontrolliertes Bevölkerungswachstum, unzureichende Bildung, Ressourcen-, insbesondere Wasserknappheit oder ökologische Deformationen, neue Dimensionen angenommen: Die Abstände, in denen die Weltbevölkerung um eine Milliarde Menschen zunimmt, verkürzen sich in Schwindel erregendem Tempo. Vergingen bis zur dritten Milliarde im Jahr 1960 noch 33 Jahre, so wurde die sechste Milliarde 1999 nach nur 12 Jahren erreicht. Die Zahlen bleiben auch dann alarmierend, wenn man die zunehmende Überalterung der Weltbevölkerung in den Industrieländern, aber auch in China, oder eine leichte Abflachung der Wachstumskurve berücksichtigt.

Denn 90 Prozent des Bevölkerungswachstums entfallen nach wie vor auf die Entwicklungsländer, wo sich die Lebensumstände nach wie vor als äußerst ungünstig

darstellen. So hatten Mitte der neunziger Jahre von einer Milliarde Menschen in Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal und Sri Lanka 250 Millionen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 850 Millionen – deutlich mehr als die Bevölkerung der Europäischen Union – waren ohne Kanalisation, 300 Millionen lebten in absoluter Armut und 400 Millionen konnten weder lesen noch schreiben.

Besorgnis erregend stimmt die Beobachtung, dass die seit langem bekannten Probleme durch neue, vor zwanzig Jahren in dieser Form und diesem Ausmaß nicht bekannte Entwicklungen verstärkt werden. Zu denken ist insbesondere an die Wiederkehr bereits überwunden geglaubter und das Auftauchen neuer Krankheiten und Seuchen. So werden am Tag etwa 16 000 HIV-Neuinfektionen gezählt, die meisten in Afrika. Vor allem auf diesem Kontinent, aber auch in Süd- und Südostasien hat zudem mit dem Ende des Kalten Krieges der Völkermord wieder Einzug gehalten. Vor allem in einem hat sich seit dem „Brandt-Report“ am Zustand der südlichen Halbkugel nichts geändert, im Gegenteil: Stärker noch als vor zwanzig Jahren sind es vor allem die schwächsten Glieder der Gesellschaft, die leiden. Das Wiederaufkommen der Versklavung von Kindern, vor allem aber der massenhafte Einsatz von „Kindersoldaten“, der im August vergangenen Jahres durch den UN-Sicherheitsrat verurteilt worden ist, sprechen eine deutliche Sprache. Etwa 540 Millionen Kinder, so der Bericht des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (Unicef) über die „Lage der Kinuta in der Welt 2000“, leiden direkt oder indirekt unter den Folgen von militärischen Konflikten. Dass 600 Millionen Kinder in extremer Armut aufwachsen, verdüstert das Bild weiter. Angesichts solch ernüchternder Bilanzen ist an umfassende, rasche und zugleich wirkungsvolle Maßnahmen nicht zu denken. Nach Schätzung von Unicef wären dazu 70 bis 80 Milliarden Dollar im Jahr an zusätzlichen Mitteln erforderlich.

Für diese rapide Verschlechterung der Lage großer Teile der „Dritten Welt“ gibt es drei Ursachen, die unmittelbare Folgen des Zusammenbruchs der alten Weltordnung und der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes sind. Das gilt, erstens, für den zynisch klingenden, aber unabwiesbaren Befund, dass viele Staaten der südlichen Halbkugel heute nicht einmal mehr als Statthalter östlicher oder westlicher weltpolitischer Positionen von Interesse sind. Während des Kalten Krieges war das anders. Zwar waren für die Unterstützung der Staa-

ten der „Dritten Welt“ niemals deren Interessen maßgeblich, sondern entweder diejenigen der Sowjetunion und ihrer Satelliten oder diejenigen der westlichen Welt, deren Politik in hohem Maß von der amerikanischen Führungsmacht bestimmt wurde. Immerhin, wer sich der Logik des Kalten Krieges fügte, konnte so lange auf Unterstützung hoffen, wie diese Logik die Weltpolitik beherrschte.

Der zweite Grund für die Verelendung großer Teile der südlichen Halbkugel während des vergangenen Jahrzehnts: Die Rückkehr von Krieg und Bürgerkrieg auch auf den alten Kontinent hat nicht nur die Aufmerksamkeit der Europäer von anderen Weltgegenden abgelenkt, sondern auch ihre Ressourcen erheblich beansprucht. Denn ein wichtiges, nachvollziehbares Anliegen bestand in der Eingrenzung von Konflikten, mithin in dem Versuch, ein Übergreifen der krisenhaften Entwicklungen auf den westlichen Teil des Kontinents zu verhindern.

Zwei Wege schienen während der neunziger Jahre geeignet, dieses Ziel zumindest teilweise zu erreichen. Da waren einmal, unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, direkte Interventionen unterschiedlicher Intensität zur Krisenbeziehungsweise Kriegsvorbeugung oder auch -beilegung. Zum anderen mussten Schlüsse aus der Erkenntnis gezogen werden, dass ein Grund für die krisenhafte Entwicklung großer Teile Europas nach dem Kalten Krieg in der faktischen Teilung des Kontinents in Arm und Reich bestand. Die Überwindung des akuten Wirtschafts- und Wohlstandsgefälles, beispielsweise durch die Aufnahme vieler Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas in die europäischen Gemeinschaften oder doch in die Kreise der Beitrittskandidaten, wurde zu einer vordringlichen Aufgabe. Beide Wege hatten eines gemeinsam: Sie verschlangen enorme Summen, die für andere Zwecke, wie die Bekämpfung katastrophaler Zustände auf der südlichen Halbkugel, nicht beziehungsweise nicht mehr zur Verfügung standen.

Dabei hatte die „Dritte Welt“, und hier liegt die dritte Ursache für ihre in Teilen zerstörerische Entwicklung, mit dem Ende des Kalten Krieges eine erhebliche Vergrößerung erfahren: Die Auflösung der Sowjetunion war ja von Anfang an mehr als das Ende eines Staatswesens; sie ging einher mit dem Kollaps eines Imperiums, des letzten großen Kolonialreiches in der Weltgeschichte. Sieht man von China ab, das bei der Kolonisierung beispielsweise des 1884 in den Reichsverband integrierten Ynjiang andere Wege beschritt als Europäer und

Nordamerikaner bei ihren afrikanischen oder pazifischen Erwerbungen in dieser Zeit, hat keines der großen Kolonialreiche den Kalten Krieg überlebt.

So gesehen bildete die erzwungene Auflösung des Imperium sovieticum auch den Abschluss der Epoche der Befreiung beziehungsweise Dekolonisierung, deren Anfänge in die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückreichen. Kein Zufall also, dass mit der Dekolonisierung im vormaligen sowjetischen Herrschaftsraum seit den ausgehenden achtziger Jahren eine mächtige Vergrößerung der „Dritten Welt“ zu verzeichnen ist. Folgt man dem Bericht der Weltbank vom Frühjahr 1999, dann lebt heute jeder dritte Bewohner der ehemaligen Sowjetunion unter der Armutsgrenze, also in ähnlichen Umständen wie die meisten Bewohner der südlichen Halbkugel und die überwiegende Mehrzahl der Menschheit.

Diese seit den ausgehenden achtziger Jahren zu beobachtenden Entwicklungen erklären, warum sich die im „Brandt-Report“ geschilderten Zustände nicht nur nicht gebessert, sondern in mancher Hinsicht dramatisch verschlechtert haben. Sie erklären auch, warum das 1980 formulierte „Prioritätenprogramm“ nach wie vor aktuell ist, und das heißt vor allem: Ohne eine Umverteilung der Ressourcen wird sich wenig ändern.

Die Entschuldungsinitiative wird wenig verändern

Gewiss, Geld ist nicht alles und schon gar kein Allheilmittel, zumal man heute davon ausgehen muss, dass finanzielle Zuschüsse oder zinslose Kredite, die während des Kalten Krieges das Gros der staatlichen Entwicklungspolitik ausgemacht haben, die ökonomische Schwäche der Nehmerländer, von ihren politischen Verhältnissen gar nicht zu reden, eher stabilisiert haben. Dennoch kann es nicht bei der Almsenpolitik des Nordens bleiben; das 1968 von der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) festgelegte Ziel, wonach 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aus öffentlichen Mitteln in die Entwicklungshilfe fließen sollten, war und ist zu kurz gesteckt, obgleich es zum Beispiel die Bundesrepublik nie erreicht hat.

Daran wird auch die Entschuldungsinitiative wenig ändern können, die mit dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 eingeleitet und auf der Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds im September vergangenen Jahres in konkrete Vorschläge gefasst worden ist. Dass es

sich bei der Entschuldung um eines der wichtigsten Themen der Entwicklungspolitik handelt, steht außer Frage. Das hat das Anwachsen der Auslandsschulden der Entwicklungsländer von 658 Milliarden Dollar im Jahr des „Brandt-Reports“ auf 1518 Milliarden Dollar innerhalb der folgenden zehn Jahre, das haben aber auch die Mexiko-beziehungsweise Iberoamerika-Krisen von 1982 und 1994 sowie die Asien- und die Russland-Krise von 1997 beziehungsweise 1998 mit ihren gravierenden Auswirkungen auch auf die Industrieländer gezeigt.

Die Initiative des Jahres 1999 sieht eine Entschuldung von bis zu 35 der ärmsten Entwicklungsländer in einer Höhe von insgesamt 70 Milliarden Dollar vor. Immerhin müssten diese Länder dann statt derzeit 15 bis 25 Prozent nur noch zehn Prozent ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst ausgeben. Die frei werdenden Mittel sollen in erster Linie, das ist ein neuer, begrüßenswerter Ansatz, für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden, und die Entwicklungsländer sind gehalten, ihrerseits Pläne zur Armutsminderung vorzulegen. So nützlich dieses Vorhaben sein kann, so wenig wird es, für sich genommen, Wesentliches bewirken können.

Die Chancen für eine Trendwende sind schon deshalb schlecht, weil diese ein neues Denken voraussetzte. Der Norden müsste lernen, dass die Probleme des Südens nicht erst langfristig die seinen sind: Ökologische Katastrophen, Flüchtlingsströme, Fundamentalismen aller Art oder auch kriminelle Energien unterschiedlichsten Ursprungs kennen keine nationalen, regionalen oder kontinentalen Grenzen. Der Lernprozess hätte, unter anderem und eher früher als später, in die Bereitschaft zu münden, eine absolute und relative Abnahme des eigenen Wohlstandsniveaus ins Auge zu fassen. Die 60 bis 80 Millionen Mark, mit denen der Bundeshaushalt durch die Entschuldungsinitiative im Jahr belastet werden dürfte, sind eine beachtliche Summe. Aber zu einem radikalen Umdenken wird dieser Betrag nicht führen. Denn für den Einzelnen ist das Geld nicht spürbar, und ein von allen zu leistender, dem innerdeutschen „Solidaritätszuschlag“ vergleichbarer Aufwand für die Entwicklungsländer könnte allenfalls dann ins Gespräch gebracht werden, wenn alle bereit wären zu begreifen, dass es nur die „eine“ Welt gibt. So bleibt es wohl vorerst bei dem, was Willy Brandt für die „Nord-Süd-Kommission“ bereits vor zwanzig Jahren festgestellt hat: „Die Zukunftsaussichten sind alarmierend.“